

MANAGERIN DES JAHRES 2010

Ines Manegold

Die kma hat den Manager des Jahres gewählt: Ines Manegold. Die Deutsche ist dabei, Kärntens Landeskrankenhäuser umzukrempeln.

In Kärntens Landeskrankenhäusern tut sich Gewaltiges. Aus dem hoch verschuldeten Staatsunternehmen soll ein moderner, wirtschaftlich arbeitender Krankenhauskonzern werden. Für diese Topmanagementaufgabe hat man sich eine Deutsche geholt: Ines Manegold.

Nix idyllisches Kärnten. In Kärnten kracht es zurzeit – und das ordentlich. Auslöser für den Politkrimi ist die Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft (Kabeg), größter Arbeit- und Auftraggeber im 559.019 Einwohner zählenden Alpenland. Der hoch verschuldete Staatsbetrieb soll flotter gemacht werden – so will es die Kärntner Landesregierung. Allzu augenfällig sind die Verluste geworden, die die Krankenhäuser seit Jahren einfahren. Bei einem Umsatz von 340,1 Millionen Euro im Jahr 2009 betrug der Vorsteuerverlust noch satte 291,3 Millionen Euro. Brutto gleich netto sozusagen, da die Kabeg ja keine Steuern zahlen muss. Das hohe Defizit hat handfeste Gründe: Die Kabeg arbeitet mit völlig veralteten Organisationsstrukturen, die jedem Betriebswirt den Angstschweiß ins Gesicht treiben würden. Sie verfügt weder über einen gemeinsamen Einkauf noch über ein einheitliches IT-System. Die Verwaltung ist aufgebläht:

„Aufgeschlüsselt haben wir pro Patient mehr Verwaltungsmitarbeiter als der Pflegedienst“, beschreibt Kurt Scheuch, Aufsichtsratsvorsitzender und Klubobmann der Freiheitlichen Partei Kärntens (FPK) die Zustände in den Krankenhäusern. So begründet er auch einen Initiativantrag seiner Partei, die gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Kärnten die Regierung stellt.



Ines Manegold, Managerin des Jahres 2010

Foto: Schwartz/Kabeg

Eigenes Gesetz zur Sanierung der Kabeg beschlossen

Zu dem Schuldenloch gesellte sich noch eine ausgewachsene Führungskrise in der Vorstandsetage des Unternehmens, die am 1. März dieses Jahres mit der Berufung von Ines Manegold ihr vorläufiges Ende gefunden hat. Seit 2008 war der Vorstandssessel der Kabeg immer wieder mal vakant gewesen. Nach einer Ausschreibung des Vorstandspostens 2009 warf Manegolds Vorgänger Rolf Eibe Hinrichs nur wenige Minuten vor seiner offiziellen Bestellung durch den Aufsichtsrat den Job wieder hin und trat erst gar nicht an. Manegold war unter den 98 Bewerbern die „Zweitgereichte“, wie man in Österreich formuliert – und nahm den Posten an. Kaum hatte die 44-Jährige ihre Arbeit begonnen, saß sie schon in einer Arbeitsgruppe und werkelte an dem neuen Betriebsgesetz mit: einem Gesetz, das eigens für die Kabeg auf den Weg gebracht wurde, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenanstalten neu zu definieren, und das Modellcharakter für ganz Österreich hat. Dieses Gesetz hat es in sich: So wurde der Aufsichtsrat entpolitisiert und ein Expertengremium installiert, das faktisch die Aufgaben eines Aufsichtsrates übernimmt. Die Teilrechtspersönlichkeit der Anstalt des öffentlichen Rechts wurde aufgegeben: Fortan ist die Kabeg ein Gesamtunternehmen und besteht nicht mehr aus fünf autonomen Krankenhausstandorten. Zwar sollen wegfallende und befristete Stellen nicht mehr wiederbesetzt werden, gleichzeitig bekennt sich die Landesregierung in ihrem Programm aber „zum Erhalt der Krankenhausstandorte und zur Absicherung der Arbeitsplätze“.

VISIT

ANZEIGE

Trillium GmbH

Die Trillium GmbH ist seit 1995 in drei Geschäftsfeldern tätig: Beratung, Softwareentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit. Ihre bekanntesten Produkte sind der Trillium-Report (www.trillium-report.de) und der DRG Watchdog (www.watchdog-online.de).



» Visitenkarte öffnen

Die staatliche Arbeitsplatzgarantie bestätigt auch der Betriebsrat Arnold Auer: „Betriebsbedingte Kündigungen gibt's bei uns nicht.“ Allerdings habe man mehr als 600 befristet angestellte Kollegen. „Wenn die gehen müssen, sind wir auch bei einem Stellenabbau von knapp zehn Prozent.“ Die derzeitige Planung sieht im kommenden Jahr vor, 108 Vollzeitstellen abzubauen, davon 98 im Klinikum Klagenfurt. Auch wird der Geldhahn ein wenig zugedreht. Der „Nettogearungsabgang“ – zu Deutsch Betriebskostenzuschuss – soll auf 230 Millionen Euro begrenzt werden. Für die Häuser bedeutet das schlicht, dass sie ihre Ausgaben stärker im Blick haben müssen.

Personalquerelen und heimlich angefertigte Protokolle